



**Geschäftsführung
Rechnungsprüfungsausschuss**

Frau Duggan

Telefon: (0221) 221-22928

Fax: (0221) 221-25501

E-Mail: simone.duggan@stadt-koeln.de

Datum: 16.07.2015

Niederschrift

über die **6. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 18.06.2015, 17:00 Uhr bis 18:45 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg Detjen	DIE LINKE	Der Vorsitzende
Frau Margret Dresler-Graf	CDU	
Frau Monika Möller	SPD	
Herr Sven Kaske	SPD	
Frau Erika Oedingen	SPD	
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD	Vertreterin für Herrn Krupp
Frau Anna-Maria Henk-Hollstein	CDU	
Herr Stefan Götz	CDU	Vertreter für Herrn Erkelenz
Herr Stephan Pohl	CDU	
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE	
Herr Firat Yurtsever	GRÜNE	
Herr Reinhard Houben	FDP	

Beratende Mitglieder

Herr Roger Beckamp	AfD
--------------------	-----

Rechnungsprüfungsamt

Herr Hans-Jochen Hemsing

Frau Barbara Schneider

Herr Manfred Heimann

Herr Klaus Heller

Herr Rainer Straub

sowie verschiedene Prüferinnen und Prüfer

Verwaltung

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen	Dez. I
Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein	Dez. IV
Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug	Dez. II
Frau Beigeordnete Henriette Reker	Dez. V

Herr Koni Behr	112-3
Frau Silvia Blömacher	5111-1
Herr Johannes Feyrer	37
Frau Corinna Hasenberg	112-4
Frau Ursula Herx	30
Herr Frank Höller	201
Herr Lothar Kossack	512-4
Herr Prof. Dr. Dr. Alex Lechleuthner	374
Herr Markus Meurer	213-1
Herr Bernhard Neuburg	260-4
Herr Hans-Christian Olpen	501-0
Frau Beate Parent	212
Herr Hans-Jürgen Petry	01-03
Herr Bernd Rosenberger	370
Herr Sören Schilling	693-11
Herr Dirk Schumacher	502
Herr Jörg Simon	530
Herr Michael Troost	VII-4
Herr Patrick Wasserbauer	46

Gäste

Frau Gabriele Meusel	KölnTourismus GmbH
Herr Josef Sommer	KölnTourismus GmbH
Herr Turadj Zarinfar	Zarinfar GmbH

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Gerrit Krupp	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU

Vor Eröffnung der Sitzung begrüßt Herr Detjen alle Anwesenden.

Er eröffnet die Sitzung und weist auf folgende Zusetzungen zur Tagesordnung hin:

- 6.5 Neuausrichtung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln - Sachstand (Stand: Mai 2015)
Rechnungsprüfungsausschuss 29.01.2015, TOP 6.1
1730/2015
- 6.6 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. und 2. Baustufe
Zeitnahe Vorlage des Berichtswesens
Rechnungsprüfungsausschuss 19.03.2015, TOP 6.1 und 6.2
Frage von Frau Dresler-Graf
1379/2015
- 9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz Monatsberichte
April und Mai 2015
1709/2015

Zudem erläutert Herr Detjen, dass die Verwaltung die TOPs 6.7 und 6.8 zurückgezogen hat.

Der Rechnungsprüfungsausschuss ist mit den Zusetzungen zur Tagesordnung einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
 - 2.1 Interkommunaler Kennzahlenvergleich - Berufsfeuerwehren
Rechnungsprüfungsausschuss 19.03.2015, TOP 6.1
1589/2015
- 3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 5 Beschlussvorlagen**
 - 5.1 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr
2013 - Beteiligungsbericht 2013
0763/2015
*- vertagter TOP 5.1 aus der Sitzung vom 07.05.2015,
bitte die bereits verteilten Unterlagen vorhalten -*
- 6 Mitteilungen**
 - 6.1 Projekt Bestandserfassung in den Museen - Sachstand April 2015
Rechnungsprüfungsausschuss 17.03.2011, TOP 13.2
1229/2015
*- vertagter TOP 6.4 aus der Sitzung vom 07.05.2015,
bitte die bereits verteilten Unterlagen vorhalten -*
 - 6.2 Kompetenzzentrum Geschäftsprozessoptimierung - Bericht 2014
3496/2014
*- vertagter TOP 6.2 aus der Sitzung vom 07.05.2015,
bitte die bereits verteilten Unterlagen vorhalten -*
 - 6.3 Sachstandsbericht zu möglichen Erstattungsansprüchen der Stadt Köln wegen erfolgter Fehlbuchungen in der ARGE Köln bzw. im Jobcenter Köln
1642/2015
 - 6.4 Umsetzung der Maßnahmen zur Beschleunigung städtischer Bauprojekte und Vergabeprozesse
1368/2015

- 6.5 Neuausrichtung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln –
Sachstand (Stand: Mai 2015)
Rechnungsprüfungsausschuss 29.01.2015, TOP 6.1
1730/2015
- 6.6 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. und 2. Baustufe
Zeitnahe Vorlage des Berichtswesens
Rechnungsprüfungsausschuss 19.03.2015, TOP 6.1 und 6.2
Frage von Frau Dresler-Graf
1379/2015
- 6.7 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe
Berichtswesen 3. und 4. Quartal 2014
1377/2015
(zurückgezogen)
- 6.8 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 2. Baustufe
Berichtswesen 3. und 4. Quartal 2014
1378/2015
(zurückgezogen)
- 7 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse**
- 8 Anfragen**
- 9 Berichte zur Kostenentwicklung der Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz**
- 9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
Monatsberichte April und Mai 2015
1709/2015

II. Nichtöffentlicher Teil

- 10 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 12 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

13 Beschlussvorlagen

- 13.1 Prüfbericht Versteigerung von Kraftfahrzeugen beim Kassen- und Steueramt über die Internetplattform "Zoll-Auktion"
0918/2015
*- vertagter TOP 13.1 aus der Sitzung vom 07.05.2015,
bitte die bereits verteilten Unterlagen vorhalten -*
- 13.2 Prüfbericht Gewährung des Wohnkostenzuschusses für Auszubildende bei 5000 - Jobcenter Köln -
0821/2015
*- vertagter TOP 13.2 aus der Sitzung vom 07.05.2015,
bitte die bereits verteilten Unterlagen vorhalten -*
- 13.3 Prüfbericht Aufgabenerfüllung und Finanzierung der Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ) der Stadt Köln bei 53 - Gesundheitsamt
1167/2015
*- vertagter TOP 13.3 aus der Sitzung vom 07.05.2015,
bitte die bereits verteilten Unterlagen vorhalten -*
- 13.4 Prüfbericht Zuschussgewährung im Rahmen der Jugendberufshilfe bei 51 - Amt für Kinder, Jugend und Familie
1093/2015
- 13.5 Versicherungstechnische Abwicklung von Schadensereignissen durch 30- Rechts-und Versicherungsamt
1047/2015

14 Sachstandsberichte zu Prüfungen

- 14.1 Datenerfassung im Kölner Rettungsdienst hier: Bericht Rechnungsprüfungsausschuss 21.11.2013, TOP 13.1; 05.05.2014, TOP 14.4 und 25.09.2014, TOP 14.6
1474/2015
- 14.2 Prüfung der Arbeitsweise und Inanspruchnahme des Bedarfsfeststellungsdienstes (BFD) im Amt für Soziales und Senioren
Rechnungsprüfungsausschuss 25.09.2014, TOP 13.4
1355/2015
- 14.3 Sachstandsbericht zum Prüfbericht "Abrechnungsverfahren der Wohngruppen bei 5111 - KidS"
Rechnungsprüfungsausschuss 05.05.2014, TOP 13.3
1370/2015

- 14.4 Prüfbericht Entwicklung des Verlustausgleichs des Gesellschafters und Maßnahmen durch KölnTourismus GmbH -Sachstandsbericht- Aufsichtsrat der KölnTourismus GmbH 03.12.2013, TOP 8.2
Rechnungsprüfungsausschuss 13.02.2014, TOP 13.1
1158/2015

15 Mitteilungen

- 15.1 Flächenbericht zu den Objekten im Sondervermögen der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
1313/2015

- 15.2 Bericht über die Abwicklung von Rechtsstreitigkeiten, zu denen der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/ Vergabe/ Internationales gemäß § 10 der Zuständigkeitsordnung beteiligt worden ist
Rechnungsprüfungsausschusses 07.05.2015, TOP 15.2
1545/2015

Bericht über die Abwicklung von Rechtsstreitigkeiten, zu denen der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales gemäß § 10 der Zuständigkeitsordnung beteiligt worden ist
Rechnungsprüfungsausschuss 07.05.2015, TOP 15.2
1517/2015

16 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

- 16.1 Prüfbericht Kooperationsverträge Offene Ganztagschule im Primarbereich (OGS) bei 40 - Amt für Schulentwicklung
Rechnungsprüfungsausschuss 20.11.2014, TOP 13.3
Ausschuss Schule und Weiterbildung 19.01.2015, TOP 11.1
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales 26.01.2015, TOP 17.1
1574/2015

17 Anfragen

- 17.1 Baumaßnahme Thurner Hof in Köln-Dellbrück
Frage von Frau Dresler-Graf

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Es liegen keine gleichstellungsrelevanten Themen vor.

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Interkommunaler Kennzahlenvergleich - Berufsfeuerwehren Rechnungsprüfungsausschuss 19.03.2015, TOP 6.1 1589/2015

Herr Detjen fragt nach, welche hoheitlichen Befugnisse die Werksfeuerwehren gegenüber ihren Firmenleitungen haben.

Herr Feyrer verdeutlicht, dass dies sehr unterschiedlich sein kann und eine abschließende Antwort nur gegeben werden könne, wenn man sich mit den einzelnen Werksfeuerwehren in Verbindung setzen würde. Unter Hinweis auf das Gesetz über den Feuerschutz und die Hilfeleistung (FSHG) stellt Herr Feyrer dar, dass die Aufgaben einer Werksfeuerwehr durch die Firmenleitung geregelt würden. Also sei zum Beispiel ein Platzverweis, wie ihn die öffentlichen Feuerwehren erteilen können, nicht möglich. Grundsätzlich sei somit festzuhalten, dass keine einheitlichen Regelungen hierzu existieren, jedoch die Werksfeuerwehren nicht dieselben hoheitlichen Rechte wie die öffentlichen Feuerwehren innehaben.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Es werden keine Anträge gestellt.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Es werden keine Anfragen gestellt.

5 Beschlussvorlagen

5.1 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2013 - Beteiligungsbericht 2013 - vertagter TOP 5.1 aus der Sitzung vom 07.05.2015 - 0763/2015

Herr Detjen hebt die interessante grafische Darstellung der Geldflüsse zu den städtischen Gesellschaften im Bericht Band 1 hervor.

Frau Dresler-Graf weist auf den Umfang des Beteiligungsberichtes und die damit verbundenen Druckkosten sowie Abfallmengen hin. Sie fragt, ob es möglich sei, den Bericht nur noch auf ausdrücklichen Wunsch in papierener Form und ansonsten über das Ratsinformationssystem zur Verfügung zu stellen.

Frau Klug begrüßt den Vorschlag von Frau Dresler-Graf. Sie weist darauf hin, dass dem Rat die Möglichkeit eingeräumt werden müsse, vor der Öffentlichkeit Kenntnis zu nehmen. Grundsätzlich sei solch eine Regelung jedoch denkbar. Hierzu sei jedoch ein Beschluss des Rates erforderlich. Sie gibt zu bedenken, dass in der Vergangenheit entsprechende Bestrebungen gescheitert seien, da einige Ratsmitglieder auf die Zustellung des gedruckten Exemplars bestanden hätten.

Herr Detjen schlägt eine Diskussion des Themas innerhalb der Geschäftsführungen der Fraktionen vor.

Beschluss:

Das Rechnungsprüfungsamt **empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:**

Der Rat nimmt den Beteiligungsbericht 2013 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Mitteilungen

6.1 Projekt Bestandserfassung in den Museen - Sachstand April 2015 Rechnungsprüfungsausschuss 17.03.2011, TOP 13.2 - vertagter TOP 6.4 aus der Sitzung vom 07.05.2015 - 1229/2015

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.2 Kompetenzzentrum Geschäftsprozessoptimierung - Bericht 2014 - vertagter TOP 6.2 aus der Sitzung vom 07.05.2015 - 3496/2014

Herr Detjen bittet darum, das Thema „Umstellung der städtischen Finanzbuchhaltung“ in den nächsten Bericht mit aufzunehmen. Außerdem schlägt er vor, innerhalb des Berichts auf Änderungen bzw. Neuerungen dezidiert hinzuweisen, da diese ansonsten in den einzelnen Fachausschüssen kaum Beachtung finden würden.

Frau Hasenberg bestätigt, dass das Thema „Finanzbuchhaltung“ im nächsten Bericht aufgenommen werde und sagt zu, die Anregung von Herrn Detjen aufzugreifen.

Herr Brust weist darauf hin, dass für die Reinigung des Rheinboulevards drei verschiedene Ämter zuständig seien. Das Problem der mehrfachen Zuständigkeit wiederhole sich in vielen Bereichen (Winterdienst, Straßenreinigung etc.). Zur Optimierung der Abläufe regt er an, die Zuständigkeit bei einem Amt anzusiedeln.

Herr Detjen schlägt eine statistische Untersuchung zu den gegebenen derzeitigen Mehrfachzuständigkeiten und einen interkommunalen Vergleich hierzu vor, um dieses Ergebnis mit anderen Verwaltungen gegenüberstellen zu können.

Frau Hasenberg sagt zu, diese Fragestellung im Nachgang zur Sitzung zu beantworten.

Frau Dresler-Graf kritisiert die fehlenden konkreten Zeit- und Zielvorgaben an einzelnen Beispielen und bittet zukünftig die Veränderungen vom Originalbericht kenntlich zu machen. Auch die Aussage, dass die Schriftführerworkshops zu einer deutlichen Verbesserung bei der Qualität der Niederschrift der Verbundwahl geführt hätten, habe sie vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung mit humoristischem Interesse zur Kenntnis genommen.

Frau Hasenberg verweist auf den Zeitpunkt der Berichterstellung Ende 2014. Die Notwendigkeit eines weiteren Handlungsbedarfes sei erst nachfolgend eingetreten und habe demzufolge in dem vorliegenden Bericht nicht einfließen können. Zwischenzeitlich seien aus den aktuellen Erkenntnissen Konsequenzen gezogen und die Workshops für Schriftführer erweitert worden.

Herr Dr. Unna weist auf das sensible datenschutzrelevante Thema der Hundesteuer hin und zitiert aus dem Bericht, wonach eine Schnittstelle zwischen der Steuerverwaltung und dem Amt für öffentliche Ordnung zwecks Datenaustauschs bestehe. Er befürchtet datenschutzrechtliche Probleme.

Frau Hasenberg verweist auf die ständige Abstimmung mit dem Datenschutzbeauftragten.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.3 Sachstandsbericht zu möglichen Erstattungsansprüchen der Stadt Köln wegen erfolgter Fehlbuchungen in der ARGE Köln bzw. im Jobcenter Köln 1642/2015

Herr Detjen regt zur Reduzierung des Prüfaufwandes an, alternative Maßnahmen (z.B. statistische Hochrechnung) zu prüfen. Er fragt außerdem, ob es sich hierbei um ein bundesweites Problem handele. Zudem bietet er seine Unterstützung auf politischer Ebene an.

Frau Möller hebt das positive Prüfergebnis hervor und regt an, die Kosten des Personals, welches zur Ermittlung der Schadenshöhe eingesetzt wurde, in der Gesamtforderung geltend zu machen.

Frau Reker führt aus, dass ein Teil der Erstattungsansprüche bereits abgewickelt worden seien. Der weitaus größere Teil befinde sich jedoch noch in Abwicklung. Hierzu stehe man im Dialog mit der Bundesagentur für Arbeit (BA). Es werde versucht, sich über einen Pauschalbetrag zu einigen. Sie gehe davon aus, dass eine zeitnahe Klärung erfolgen werde. Die Anregung von Frau Möller nimmt Frau Reker gerne mit, weist aber darauf hin, dass es sich bei der Einigung um einen Pauschalbetrag handeln werde, so dass einzelne Kostenpositionen nicht gesondert erstattet würden.

Herr Rüffer erläutert, dass das Abrechnungsproblem aufgrund des Buchungssystems aufgetreten sei. Er bestätigt Frau Rekers Aussage, dass man auf einem guten Weg sei, eine hohe Summe aufwandsschonend als Pauschalzahlung zeitnah zu vereinbaren. Dies würde jedoch etwas mehr Zeit in Anspruch nehmen, da bei einer pauschalen Einigung das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) zustimmen müsse.

Herr Hemsing informiert, dass es sich nach seinem Kenntnisstand um ein bundesweites Problem handeln würde und verweist auf derzeit durchgeführte Erhebungen des Deutschen Städtetages. Sobald ein Ergebnis vorliege, werde er dieses als Mitteilung zur Verfügung stellen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.4 Umsetzung der Maßnahmen zur Beschleunigung städtischer Bauprojekte und Vergabeprozesse 1368/2015

Herr Brust weist darauf hin, dass die Mitteilung nahezu wortgleich mit der Mitteilung aus dem letzten Jahr sei und bittet zur Arbeitsreduzierung die Änderungen zukünftig hervorzuheben. Des Weiteren drückt er seine Enttäuschung über die seines Erachtens nur geringfügigen Weiterentwicklungen aus.

Herr Götz möchte der Aussage aus der Mitteilung widersprechen, dass einer der Gründe, weshalb Maßnahmen länger andauern würden, die Politik sei. Seines Erachtens würden Maßnahmen oft nur aufgrund von Nachfragen durch Politiker weiterentwickelt.

Herr Hemsing gibt zu bedenken, dass Änderungen in Verwaltungsprozessen Zeit erfordern. Zudem weist er auf eine Veröffentlichung aus Mai 2015 namens „Leitsätze zum Management von großen Baumaßnahmen“ aus der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Rechnungshöfe des Bundes und der Länder hin. Hier werden durch die Rechnungshöfe festgestellte Probleme erörtert und Hinweise gegeben, wie eine Verwaltung sich aufstellen sollte, um Mängel frühzeitig zu vermeiden und Baumaßnahmen professionell zu managen. Er schlägt vor, die Leitsätze der Niederschrift beizufügen und der Verwaltung gesondert zur Verfügung zu stellen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.5 Neuausrichtung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln - Sachstand (Stand: Mai 2015) Rechnungsprüfungsausschuss 29.01.2015, TOP 6.1 1730/2015

Herr Detjen verweist auf die bei – 26 – derzeit ausgeschriebenen vakanten 43 Stellen und die zur Neubesetzung anstehenden neu eingerichteten weiteren 50 Stellen. Er sieht die Besetzung von insgesamt 93 Stellen als große Herausforderung an und wünscht den Verantwortlichen viel Erfolg. Hinsichtlich der Frage der sachgerechten Eingruppierung der neuen Stellen bittet er um zeitnahe Unterrichtung. Eventuell könnten hier gewonnene Erkenntnisse auch in anderen Verwaltungsbereichen von Nutzen sein.

Herr Brust zweifelt die fristgerechte Umstellung des Finanzsystems an. So sei seines Wissens die Spartenrechnung nicht im Haushalt und in den ersten beiden Veränderungsnachweisen eingearbeitet worden. Zudem sei ihm aufgefallen, dass bei den Schulen die Mieten nachvollziehbar gesunken, aber die Mieten im Grünbereich gestiegen seien. Er bittet hierzu um eine Begründung. Zudem hält er frühzeitige Hinweise zu spartenbezogenen Verrechnungspreisen wegen der unterjährig noch möglichen Anpassungen für nicht sinnvoll. Er bittet deshalb nach anderen Lösungen zu suchen.

Bezüglich der vakanten Stellen führt Herr Behr aus, dass die Annahme, zu den zum Stichtag genannten Stellenvakanzen die zum Stellenplan 2015 vorgesehenen Mehrstellen hinzuzuzählen, grundsätzlich richtig sei. Die 50,5 Mehrstellen werden in der Bewertung eingerichtet, wie sie in der Vorlage zum Stellenplan 2015 ausgewiesen sind, welche vom Rat in seiner Sitzung am 23.06.2015 beschlossen wurde. Aufgrund von unaufschiebbaren Aufgaben (z.B. Unterbringung von Flüchtlingen) seien jedoch bereits Stellen im Vorgriff auf den Stellenplan 2015 eingerichtet worden, die sich ebenso wie Stellenentfristungen nicht mehr negativ auf die Vakanzquote auswirken würden. Derzeit geht er davon aus, dass die Besetzung der Stellen gut gemeistert werden kann.

Auf die Fragen von Herrn Brust, stellt Herr Behr fest, dass die Kämmerei das Finanzsystem fristgerecht erarbeitet habe. Er weist daraufhin, dass die Spartenpreise die frühzeitige Ermittlung von Mehrkosten ermögliche. Die unterjährig eintretenden Veränderungen der Spartenpreise durch Neubauten seien nur marginal. Er verweist zudem auf die bereits getätigten Ausführungen zu der Auswirkung der Spartenrechnung durch Herrn Kahlen in der Sitzung am 29.01.2015. Herr Behr schlägt vor, die Fragen, weshalb im Grünbereich die Mieten steigen und die Sinnhaftigkeit der Darstellung zukünftiger Mieten, durch die Kämmerei zur Niederschrift beantworten zu lassen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Ergänzende Mitteilung der Verwaltung zu TOP 6.5:

„Spartenbezogener Flächenverrechnungspreis zwischen Gebäudewirtschaft und Kernverwaltung im Grünbereich

Der für eine Sparte gültige Flächenverrechnungspreis (FVP) stellt den vorkalkulierten Aufwand für ein künftiges Rechnungsjahr bezogen auf einen Quadratmeter bereitgestellter Fläche dar.

Der FVP ist eine Durchschnittsgröße, abgeleitet aus den spartenbezogenen Aufwendungen und Erträgen der Vergangenheit (letzter aktueller Jahresabschluss der Gebäudewirtschaft), modifiziert um absehbare und damit planbare Veränderungen für das maßgebliche Jahr. Im Kern handelt es sich um eine Divisionskalkulation. Objektspezifische Besonderheiten gehen nicht in die Berechnung ein.

In der Sparte Grünobjekte ergibt sich eine Verringerung der Belastung durch den neuen FVP ggü. 2013; diese Verringerung wird durch eine Erhöhung der Belastung im Bereich des Amtes 67 aus dem veränderten Verrechnungspreis für Verwaltungsgebäude zu großen Teilen kompensiert. Im Veränderungsnachweis 3 zum Haushaltsplan 2015 sind die Auswirkungen auf die beiden davon betroffenen Teilpläne dargestellt: im Teilplan 1301 Öffentliches Grün ergibt sich eine Erhöhung um rd. 510 Tsd. Euro und im Teilplan 1303 Friedhöfe eine Verringerung um rd. 679 Tsd. Euro. Das geänderte Verrechnungsmodell wirkt sich per Saldo im Grünbereich nicht so hoch aus, weil der Objektbestand in großen Teilen bereits vor Umstellung aus der Ab-

schreibung gefallen war und eine entsprechend verringerte Kostenmiete berechnet wurde.

Bei Neubauprojekten wie dem Schaugewächshaus ist eine belastbare Prognose über den Flächenverrechnungspreis, mit dem das Objekt ab dem Jahr der Inbetriebnahme zu verrechnen sein wird, aufgrund der Vielzahl an Einflussfaktoren nicht möglich. Folgerichtig wird in der Beschlussvorlage lediglich die Belastung angegeben, die sich rein rechnerisch bei Anwendung des aktuellen FVP auf die durch die Maßnahme zusätzlich bereitgestellte Fläche ergibt.

Für die Investitionsentscheidung ist der durchschnittliche FVP einer Sparte ohnehin kein geeignetes Beurteilungskriterium. Weil aber Aussagen und Abschätzungen über die voraussichtlichen Folgekosten einzelner Projekte und Projektvarianten möglich sind, beabsichtigt die Verwaltung, den künftigen Beschlussvorlagen von (Neu-) Baumaßnahmen eine Darstellung beizufügen, aus der der zusätzliche, aus der jeweiligen Maßnahme resultierende Aufwand bei der Gebäudewirtschaft ersichtlich wird.

Dieser Aufwand ist ab dem Jahr der Inbetriebnahme in vollem Umfang über den dann gültigen FVP zu refinanzieren. Ob und in welchem Umfang sich kompensierende oder zusätzlich belastende Ertrags- und Aufwandsveränderungen bei anderen Objekten der betreffenden Sparte für das Jahr der Inbetriebnahme ergeben, lässt sich in der Regel mit mehrjähriger Vorlaufzeit nicht verlässlich prognostizieren.

Aufgrund der veralteten Gebäudesubstanz mit entsprechend niedrigen Buchwertabschreibungen ist mit zunehmender Investitionstätigkeit für Ersatzbauten und durch Generalinstandsetzungen zukünftig generell mit einem steigenden Flächenverrechnungspreis im Grünbereich zu rechnen.“

**6.6 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. und 2. Baustufe
Zeitnahe Vorlage des Berichtswesens
Rechnungsprüfungsausschuss 19.03.2015, TOP 6.1 und 6.2
Frage von Frau Dresler-Graf
1379/2015**

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**6.7 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe
Berichtswesen 3. und 4. Quartal 2014
(zurückgezogen)
1377/2015**

(zurückgestellt)

**6.8 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 2. Baustufe
Berichtswesen 3. und 4. Quartal 2014
(zurückgezogen)
1378/2015**

(zurückgestellt)

7 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

Es liegen keine Beratungsergebnisse vor.

8 Anfragen

Es wurden keine Anfragen gestellt.

9 Berichte zur Kostenentwicklung der Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz

9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz Monatsberichte April und Mai 2015 1709/2015

Frau Möller fragt, ob das im Bericht zum Monat Mai thematisierte Problem der angeordneten Arbeitsverweigerung im Zusammenhang mit der Forderung von Nachträgen ausgeräumt werden konnte, oder ob weitere Probleme zu erwarten seien.

Frau Henk-Hollstein wundert sich, weshalb das Logo des Projektbüros DU Diederichs nicht mehr auf den Monatsberichten zu sehen sei.

Herr Zarinfar antwortet, dass sein Büro im Februar die Projektsteuerung anstelle des Büro DU Diederichs übernommen habe. Die Zusammenarbeit mit DU Diederichs wurde nicht mehr weitergeführt. Mit dem Wechsel wurden einige Veränderungen in der Baustellenorganisation vorgenommen, um den anvisierten Eröffnungstermin einhalten zu können. So wurde zum Beispiel die Fertigstellung der vier Spielstätten priorisiert.

Zur Frage von Frau Möller erläutert Herr Zarinfar, dass im Bericht zum Monat Mai unter der Kategorie „Terminrisiken“ das Thema Leistungsverweigerung aufgegriffen wurde. Hier wurden schwerwiegende Störungen abgebildet, da sowohl Planer als auch ausführende Unternehmen eine Leistungsverweigerung angedroht und teilweise auch durchgeführt hätten. Diese Unternehmen seien zwischenzeitlich wieder auf der Baustelle tätig. Man sei mit Planern und ausführenden Unternehmen allerdings noch immer in Nachtragsverhandlungen. Seinem Erachten nach sind die Terminrisiken soweit unter Kontrolle, so dass er die Einhaltung des Terminziels nicht gefährdet sehe.

Frau Henk-Hollstein fragt nach, inwiefern der Wechsel des Planungsbüros mitgeteilt wurde.

Herr Wasserbauer verweist auf Ausschussmitteilungen im Unterausschuss Kulturbauten sowie auf die Pressemitteilung, in denen der Wechsel der Projektsteuerer mitgeteilt wurde.

Herr Hemsing berichtet zudem, dass Frau Rinnenburger in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 07.05.2015 mitgeteilt habe, dass ein Wechsel in der Projektsteuerung vorgenommen wurde.

Herr Detjen bemerkt, dass das Gesamtbudget im Maibericht gegenüber dem Aprilbericht um rund 10% erhöht wurde und hofft, dass dies nun die letzte Erhöhung des Budgets sei.

Herr Wasserbauer erläutert, dass die Anpassung um 10% im Maibericht vorgenommen wurde, diese jedoch schon im Oktober letzten Jahres bekannt gegeben worden sei und darüber hinaus das Gesamtkostenbudget mit Ratsbeschluss vom 12.05.2015 festgesetzt wurde.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

gez. J ö r g D e t j e n
Ausschussvorsitzender

Simone Duggan
Schriftführerin

Anlage 1 zu TOP 6.4:

**„Leitsätze zum Management von großen
Baumaßnahmen“**

aus der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Rechnungs-
höfe des Bundes und der Länder